

Entschließungsantrag

der Bundesräte Michael Bernard, Andreas Arthur Spanring
und weiterer Bundesräte

betreffend **Setzung sofortiger Maßnahmen durch den Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur gemeinsam mit dem Bundesminister für Finanzen, die auch die Senkung der Mehrwert- und Mineralölsteuer sowie die Abschaffung der CO₂-Steuer beinhalten**

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage der Bundesräte Michael Bernard und weiterer Bundesräte an den Bundesminister für Innovation, Mobilität, und Infrastruktur betreffend ‚Prolongierung der Krise der österreichischen Verkehrsinfrastruktur durch Verkehrsminister Hanke – Lassen Sie sich von grün-ideologischen Autofahrerhassem treiben, Herr Minister?‘, in der 987. Sitzung des Bundesrates, am 12. März 2026.

Die abermals steigenden Treibstoffpreise, die auch auf die Eskalation im Nahen Osten und die damit verbundene Verteuerung des Rohöls zurückzuführen sind, stellen eine massive zusätzliche Belastung für die österreichische Bevölkerung, die Wirtschaft, den gesamten Verkehrssektor und insbesondere die Pendler im ländlichen Raum dar.

Dabei zeigt ein einfacher Vergleich mit unseren Nachbarländern, dass die aktuelle Spritpreisexplosion in dieser Dimension keineswegs eine „Naturgegebenheit“ darstellt, sondern zu einem erheblichen Teil hausgemacht ist. Die Preisdifferenzen lassen sich nicht mit der internationalen Lage allein erklären, sondern sind Ergebnis einer überzogenen heimischen Steuerbelastung und einer Bundesregierung, die durch unterlassene Hilfeleistung an der Zapfsäule zum Krisenprofiteur geworden ist und weiter wird.

Mehr als die Hälfte des Treibstoffpreises entfällt auf Steuern und Abgaben. Besonders ins Gewicht fallen dabei die CO₂-Bepreisung (ca. 16,5 Cent pro Liter Diesel bzw. 15 Cent pro Liter Benzin), die Mineralölsteuer und die Umsatzsteuer, welche Pendler, Familien, den öffentlichen Verkehr und die gesamte Transportwirtschaft massiv belasten und die ohnehin hohe Inflation zusätzlich anheizen. Die Folgen sind steigende Transport- und Produktionskosten, die sich unmittelbar in höheren Preisen für Waren und Dienstleistungen niederschlagen und damit die Teuerung weiter verschärfen.

Dies wird einen Rückgang der Mobilität in ländlichen Regionen zur Folge haben, der nicht ausreichend durch die Nutzung des öffentlichen Verkehrs kompensiert werden kann. Die zunehmenden Betriebskosten für den Nah- und Fernverkehr erfordern höhere Subventionen aus dem Budget und belasten den Verkehrssektor finanziell. Transportunternehmen sehen sich mit erhöhten Kosten konfrontiert, was die Logistikketten beeinträchtigt, den Güterverkehr belastet und Produkte für Konsumenten verteuert.

Selbst die Regierungsparteien ÖVP und SPÖ haben mittlerweile offenbar erkannt, dass die aktuelle Preisentwicklung bei Treibstoffen eine für die ohnehin bereits krisengeplagte Bevölkerung unzumutbare Belastung darstellt: Bundeskanzler Stocker betont laut aktueller Berichterstattung des *Kurier*¹ und anderer Medien, dass steuerliche Mehreinnahmen aus gestiegenen Energiepreisen den Menschen in Form gezielter Entlastungen zurückgegeben werden müssten, und spricht sich für

¹ <https://kurier.at/politik/inland/bundeskanzler-christian-stocker-oevp-steuersenkung-treibstoffe/403139111> (eingesehen: 11.03.2026)

eine temporäre Senkung der Steuern auf Sprit aus. Vizekanzler Babler wiederum behauptete, dass Raffinerien und Tankstellen die Preise stärker erhöhen würden, als es der Rohölpreis rechtfertige, und schlägt daher einen Spritpreisdeckel nach kroatischem Vorbild vor, bei dem die Handelsmarge begrenzt würde.²

Damit gestehen zwei von drei Regierungsparteien offen ein, dass die derzeitigen Spritpreise für die Menschen und die Wirtschaft nicht mehr tragbar sind und dies offenbar auch leicht zu ändern wäre.

Daher darf die Bundesregierung – allen voran der Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur sowie der Bundesminister für Finanzen – sich nicht länger hinter Studien und Analysen verstecken, wie etwa der Beauftragung des Instituts für Höhere Studien (IHS) durch den Wirtschaftsminister. In einer Situation, in der viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie sich das tägliche Pendeln zur Arbeit leisten sollen, braucht es keine weiteren Expertisen, sondern unmittelbar wirksame Maßnahmen.

Um die Bevölkerung im Allgemeinen, insbesondere aber die Pendler, die Unternehmen, die gesamte Transportwirtschaft sowie den öffentlichen Verkehr effektiv und rasch zu entlasten und den Wirtschaftsstandort Österreich im internationalen Wettbewerb zu stärken, ist es daher unerlässlich, neben anderen Maßnahmen die Mehrwert- und Mineralölsteuer zu senken und die CO₂-Steuer abzuschaffen.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

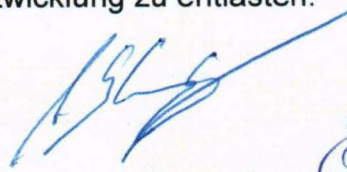
Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur wird aufgefordert, unverzüglich gemeinsam mit dem Bundesminister für Finanzen Maßnahmen zu ergreifen, die

1. zu einer zeitweiligen **Senkung der Mehrwert- und Mineralölsteuer** auf Treibstoffe führen, um die durch die internationale Lage und die bisherige Steuerpolitik verursachten massiven Mehrbelastungen für Arbeitnehmer, Arbeitgeber, die gesamte Wirtschaft und den öffentlichen Verkehr wirksam und rasch zu reduzieren,
2. die ersatzlose **Abschaffung der CO₂-Steuer** vorsehen, um die Mobilität von Pendlern durch öffentliche Verkehrsmittel oder private Fahrzeuge aufrecht zu erhalten und dadurch die Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie die gesamte Wirtschaft und den öffentlichen Verkehr angesichts der aktuellen Energiepreisentwicklung zu entlasten.“


(BERNARD)


(CSANK)


(PÖSCH)


(SATT)

² <https://www.spoe.at/aktuelles/iran-spritpreise-babler/> (eingesehen: 11.03.2026)